

VOLKSBLATT SPLITTER

Neue El-Kaida-Drohung gegen Fluggesellschaften

KAIRO – Im Internet ist am Montag eine neue Terrordrohung aufgetaucht, die sich gegen westliche Fluggesellschaften richtet. Das Drohschreiben ist mit den Worten «El Kaida auf der arabischen Halbinsel» unterzeichnet. Es erschien auf einer Website, auf der unter anderem auch das Video mit der Enthauptung des im Irak entführten Amerikaners Nicholas Berg veröffentlicht worden war. In dem Schreiben heisst es: «Alles, was mit Kreuzrittern verbunden ist, Gebäude, Stützpunkte und Transportmittel – besonders westliche und amerikanische Fluggesellschaften – werden direkte Ziele unserer nächsten Operationen sein, mit Gottes Hilfe.» Die Authentizität der Erklärung konnte zunächst nicht überprüft werden. (sda)

Erstmals Programme in Minderheitensprachen

ANKARA – Das türkische Fernsehen hat am Montag nach langer Verzögerung mit der Ausstrahlung von Programmen in Minderheitensprachen begonnen. Zum Auftakt zeigte der Sender TRT eine Nachrichtensendung in bosnischer Sprache mit türkischen Untertiteln.

Im Laufe der Woche sollen weitere Fernseh- und Radioprogramme auf Arabisch, Tscherkessisch und in den kurdischen Dialekten Sasa und Kürmantschi folgen. Das türkische Parlament hatte 2002 die Ausstrahlung von Programmen in anderen Sprachen erlaubt, die Umsetzung des Gesetzes verzögerte sich jedoch immer wieder. Ebenfalls im Jahr 2002 hatte die Türkei Unterricht in kurdischer Sprache legalisiert. Die entsprechenden Kurse begannen erst im April. Die Türkei betrachtet die zwölf Millionen Kurden im Land nicht als Minderheit. Die Regierung kam mit der Zulassung der Regionalsprachen einer Forderung der Europäischen Union nach. (sda)

Kuckucksei für Livingstone

LONDON – Vor vier Jahren weigerte sich der britische Premierminister Tony Blair, den innerparteilichen Rebellen Ken Livingstone als Kandidaten der Labour Party für die Londoner Bürgermeisterwahl anzuerkennen. Daraufhin trat Livingstone als Unabhängiger an und gewann. Inzwischen haben sich Blair und der «Rote Ken» ausgesöhnt. Doch ironischerweise könnte sich dies bei der Bürgermeisterwahl am kommenden Donnerstag als Kuckucksei für Livingstone erweisen. Livingstone gilt als einer der entschiedensten Gegner des Irak-Kriegs, und als solcher stand er stets im Konflikt zu Blair, der sich von Anfang an dem Kurs von US-Präsident Bush angeschlossen hatte. (sda)

Neue Resolution

Der UNO-Sicherheitsrat will letzte Streitpunkte bereinigen

NEW YORK/BAGDAD – Rechtzeitig zum Beginn des G-8-Gipfels am Dienstag soll eine neue Irak-Resolution vorliegen. Zur Debatte stand in New York ein abermals überarbeiteter Entwurf der USA. Washington wollte damit den Bedenken der ständigen Ratsmitglieder Frankreich und Russland entgegenkommen.

Über die russischen Vorbehalte wurden keine inhaltlichen Angaben gemacht. Frankreich hatte vorgeschlagen, grössere Einsätze der ausländischen Truppen von der Zustimmung der Iraker abhängig zu machen. Zudem soll der Irak in der Resolution ausdrücklich aufgefordert werden, die internationale Gemeinschaft um Truppen zu bitten. Die Abstimmung wurde in der Nacht zum Dienstag erwartet. Der einzige arabische Vertreter im Rat, Algeriens UNO-Botschafter Abdallah Baali, sah «keine wirklichen Hindernisse» mehr für einen Konsens. Ähnlich äusserten sich der deutsche Kanzler Gerhard Schröder und ein Sprecher des britischen Premiers Tony Blair.

Milizen werden aufgelöst

Die neue irakische Übergangsregierung beschloss am Montag die Auflösung aller Milizen des Landes. Die Milizen der an der Regie-



Die Sicherheitsvorkehrungen für den G8-Gipfel laufen auf Hochtouren.

rung beteiligten Parteien sollen in die Armee und den Polizeiapparat integriert werden. «Dadurch belohnen wir ihren Heldenmut und ihre Opfer, gleichzeitig stärken wir den Irak und eliminieren bewaffnete Kräfte, die sich staatlicher Kontrolle entziehen» sagte Ministerpräsident Ijad Allawi in Bagdad. Zugleich

betonte er, für die Milizionäre der schiitischen «Mahdi-Armee» von Muktada el Sadr, die sich seit zwei Monaten Kämpfe mit der US-Armee liefern, gebe es keinen Platz in den staatlichen Sicherheitskräften. Insgesamt gehören rund 100 000 Kämpfer im Irak bewaffneten Gruppen an. Bei einer Explosion in ei-

nem Munitionsdepot der «Mahdi-Armee» in Kufa starben drei Iraker. Zwölf weitere Menschen erlitten zum Teil schwere Verletzungen, wie Spitalärzte mitteilten. Das Depot liegt in der Nähe des Heiligtums von Muslim Ibn Akil und der grossen Moschee der Stadt, in der El Sadr freitags predigt. (sda)

Scharon übersteht Misstrauensanträge

Abgeordnete der oppositionellen Arbeitspartei enthielten sich der Stimme

JERUSALEM/KAIRO – Israels Ministerpräsident Ariel Scharon hat nach der Billigung seines Kompromissplans für den Gaza-Abzug zwei Misstrauensanträge im Parlament überstanden.

Die Arbeitspartei gab damit am Montag dem Regierungschef im Streit um die Räumung nach eigenen Angaben ein «Sicherheitsnetz».

Nach Angaben israelischer Medien wurden die Misstrauensanträge mit 46 zu 31 sowie mit 42 zu 26 Stimmen abgelehnt. Ein Misstrauensvotum muss im israelischen Parlament mindestens 61 Stimmen bekommen, um erfolgreich zu sein. Nach wochenlangem Streit hatte



Ariel Scharon, hier mit dem deutschen Verteidigungsminister Struck, überstand zwei Misstrauensanträge.

das israelische Kabinett im Grundsatz für den Abzugsplan Scharons gestimmt, die Entscheidung über die Räumung von Siedlungen und Armeeposten jedoch auf den kommenden Frühling vertagt.

Vorbereitungen zur Evakuierung

Damit können zunächst nur Vorbereitungen für eine Evakuierung beginnen. Scharon hatte zwei Minister der ultra-rechten Nationalen Union entlassen. In der Nationalreligiösen Partei, einem zweiten Koalitionspartner, wurde noch über ein Ausscheiden aus der Regierung beraten. Scharons Regierung hätte in diesem Fall keine eigene Mehrheit unter den 120 Knesset-Abgeordneten mehr. (sda)

ANZEIGE

VOLKSCARD
GÜNSTIGER GEMISCHT ALBU

Mit der VOLKSCARD erhalten Sie vom 14.-26. Juni 2004:
1 Salat nach Wahl und 1 Evian für nur CHF 9.90.

salads plus

Sie sparen CHF 3.90

Aktion gültig in den McDonald's™ Restaurants in Trüsen, Buchs und Mels.

Profitieren Sie als Abbonnent von Vorzugspreisen

Kurzes Glück

Homo-Ehe soll annulliert werden

BORDEAUX – Zwei Tage nach der ersten Trauung von zwei Homosexuellen in Frankreich hat die Staatsanwaltschaft in Bordeaux Schritte zur Annullierung der Ehe eingeleitet.

Staatsanwalt Bertrand de Loze stellte dem Paar am Montag eine gerichtliche Vorladung in Aussicht, ein Termin wurde allerdings noch nicht festgesetzt.

Der Anwalt von Stéphane Chapin und Bertrand Charpentier erklärte derweil, er werde den Fall wenn nötig vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen.

Die beiden Männer hatten am Samstag in Bègles bei Bordeaux

heiraten können, weil der grüne Bürgermeister des Ortes, Noël Mamère, dies befürwortete. Kurz darauf erklärte Justizminister Dominique Perben, er werde sich für eine Annullierung der Ehe einsetzen. Innenminister Dominique de Villepin drohte dem Bürgermeister ein Disziplinarverfahren an.

In Frankreich gibt es seit gut vier Jahren für homosexuelle ebenso wie für heterosexuelle Paare die Möglichkeit, vor einem Richter eine eheähnliche Lebensgemeinschaft einzugehen, die soziale und finanzielle Vorteile bietet. Eine volle Eheschliessung ist für Homosexuelle indessen nicht möglich. Mamères Vorstoss hat die Diskussion darüber neu entfacht. (AP)

++++ Zu guter Letzt...++++

Fahrende erhitzen die Gemüter

GUDO/TI – Die Anwesenheit von rund 200 Zigeunern aus Italien und Frankreich erhitzt in der Südschweiz seit Wochen die Gemüter. Am Montag hat die Kantonspolizei auf einer Wiese bei Gudo erneut einen illegalen Rastplatz der Fahrenden geräumt. Der Besitzer des Geländes alarmierte die Polizei, nachdem eine Gruppe von Zigeunern einen Zaun aufgebrochen und sich mit ihren Wohnwagen auf der Wiese niedergelassen hatte. Zehn Fahrende wurden wegen Hausfriedensbruch angezeigt. Rund 40 Polizisten sorgten dafür, dass das

Gelände friedlich geräumt wurde. Die Eindringlinge wurden nach Galbisio geschickt, wo sich die übrigen Fahrenden niedergelassen haben. (sda)

